



LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
16. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
16/2610**

A12

Beitrag zu Vielfalt und Qualität im Journalismus leisten – Gemeinnützigkeit von Journalismus anerkennen

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 16/6130 des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 24.6.2014

Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung
des Ausschusses für Kultur und Medien am 26.2.2015
für **Netzwerk Recherche e.V.**

Vertreten durch:

Günter Bartsch, Geschäftsführer

Greifswalder Straße 4

10405 Berlin

www.netzwerkrecherche.de

info@netzwerkrecherche.de

Berlin, 20.2.2015

Netzwerk Recherche ist ein eingetragener, gemeinnütziger Verein zur Förderung der Qualität der Medienberichterstattung mittels Recherche. Die Journalistenvereinigung veranstaltet Konferenzen und Seminare, um Wissen über Recherchetechniken und investigativen Journalismus zu vermitteln.

1. Vorsitzender: Oliver Schröm (Stern, Leiter des Teams Investigative Recherche)
2. Vorsitzende: Julia Stein (NDR, stellvertretende Leiterin des trimedialen Ressorts Investigation)

Vorbemerkung und zentrale Punkte der Stellungnahme

Netzwerk Recherche begrüßt die Anregung, im Wege einer Bundesratsinitiative die Grundlagen dafür zu schaffen, dass die Gemeinnützigkeit von Journalismus anerkannt werden kann. Wir teilen die im Antrag formulierte Einschätzung, dass unabhängiger Journalismus ein Grundpfeiler der demokratischen Gesellschaft und somit förderungswürdig ist.

Die vorgeschlagene Änderung des § 52 der Abgabenordnung ist ein vielversprechender Weg, um größtmögliche Rechtssicherheit für alle Beteiligten zu erlangen.

An dieser Sicherheit fehlt es nach unserer Beobachtung: Obwohl es immer mehr Initiativen für journalistische Projekte ohne Gewinnerzielungsabsicht in Deutschland gibt, scheitern viele Neugründungen derzeit an der Anerkennung der Gemeinnützigkeit. Dies betrifft insbesondere regional- und lokaljournalistische Initiativen, für die sich oftmals kein geeigneter gemeinnütziger Zweck in der Abgabenordnung findet.

Dass es für Qualitätsjournalismus auch in Deutschland Spender und Stifter gibt, zeigen erfolgreiche Crowdfunding-Projekte. Die Anerkennung der Gemeinnützigkeit könnte diese Entwicklung voranbringen, neue Finanzierungswege jenseits der bislang üblichen Geschäftsmodelle ermöglichen, die Kritik- und Kontrollfunktion des Journalismus stärken und so die öffentliche Meinungsbildung beleben.

Warum Nonprofit-Journalismus?

Investigative Recherchebüros, Watchblogs, lokale Nachrichtenseiten und andere journalistische Projekte werden heute oft ohne Profitabsichten gegründet. Sie sind selbstlos tätig, finanzieren sich durch Spenden, Mitgliedsbeiträge und Fördermittel – und trotzdem haben sie es schwer, von den Steuerbehörden als gemeinnützige Organisationen anerkannt zu werden.

Nicht ohne Neid schauen die deutschen Nonprofit-Journalisten in die USA: Dort gab es in den vergangenen Jahren Dutzende Neugründungen, die ein großer Gewinn für den US-amerikanischen Journalismus und seine Wächterfunktion waren. Die Organisation „Investigative News Network“ (INN) fungiert als Dachverband der inzwischen fast 100 „News Nonprofits“. INN-Geschäftsführer Kevin Davis betrachtet den Nonprofit-Status aus zwei Gründen als entscheidend für den Erfolg der Redaktionen und Recherchebüros: „Der Status signalisiert Spendern wie Lesern, dass sich die Organisation an einem höheren Ziel orientiert und sich niemand daran bereichert: kein Einzelner, kein Unternehmen und auch keine Bank. Zweitens ist der Steuerabzug, der auf die meisten Spenden gewährt wird, ein motivierender Faktor für ein erhebliches Maß an Wohltätigkeit.“¹

Dass es auch in Deutschland die Bereitschaft gibt, für Qualitätsjournalismus zu spenden, zeigen zahlreiche erfolgreiche Crowdfunding-Projekte. Die größte journalistische Initiative auf diesem Gebiet waren bislang die „Krautreporter“. Das Autoren-Kollektiv sammelte 2014 mehr als eine Million Euro, um damit Reportagen, Interviews und Hintergrundgeschichten zu produzieren. Allein 160.000 Euro des gespendeten Geldes mussten sie als Umsatzsteuer abführen.²

Wir gehen davon aus, dass die Spendenbereitschaft auch in Deutschland noch erheblich steigen wird, wenn selbstlose journalistische Projekte als gemeinnützig anerkannt würden.

¹ Interview mit Kevin Davis (deutsche Übersetzung), veröffentlicht am 26.2.2014. URL: nrch.de/davis14

² Gemäß Krautreporter-Website. URL: krautreporter.de/pages/ueber_uns

Hürden für gemeinnützigen Journalismus

Correctiv, Kontext-Wochenzeitung, Netzpolitik.org oder Finanztip.de – es gibt bereits einige Beispiele für journalistische Nonprofit-Redaktionen, die als gemeinnützig anerkannt sind. Manche Organisationen, wie zum Beispiel das Recherchebüro Correctiv und die Stuttgarter Wochenzeitung Kontext, bieten neben ihrer journalistischen Arbeit auch Weiterbildungsveranstaltungen an; sie sind also u.a. über den Förderzweck „Bildung“ der Abgabenordnung anerkannt. Andere, wie zum Beispiel Netzpolitik.org und Finanztip.de, sind auf Themenbereiche spezialisiert, die über den Förderzweck „Verbraucherschutz“ abgedeckt sind. Gemein ist diesen Pionieren im deutschen Nonprofit-Journalismus, dass sie ihre Gemeinnützigkeit nur über Umwege haben erreichen können.

Hingegen besonders schwer haben es nach unserer Beobachtung regional- und lokaljournalistische Angebote – zwei Beispiele:

- In Leipzig wurde 2014 der Verein „Initiative Stadtjournalismus Leipzig“ gegründet, um „aufwändige journalistische Recherchen zu Themen aus der Stadt Leipzig zu finanzieren“.³ Doch schon in Vorgesprächen hat das Finanzamt deutlich gemacht, dass die Vergabe von Recherchestipendien für sich allein keine Chance hat, als gemeinnützig anerkannt zu werden.
- In Hamburg gründeten Journalisten das Online-Magazin „Mittendrin“, um kritischen Lokaljournalismus im Bezirk Hamburg-Mitte (290.000 Einwohner) zu betreiben. Um ihre Unabhängigkeit zu betonen, versuchten die Macher, ihr Projekt als gemeinnützig anerkennen zu lassen – ohne Erfolg.

Gerade bei Lokal- und Regionalzeitungen gab es in den vergangenen Jahren dramatische Einschnitte. Vielerorts sind die Meinungsvielfalt und die Qualität der Berichterstattung in Gefahr – durch Konzentrationstrends, Ressourcenmangel und Stellenabbau. Beispielsweise erschien die Westfälische Rundschau (WR) ab 2013 nur noch als Zeitungstitel ohne eigene Redaktion, im September 2014 begann das Insolvenzverfahren.

Unabhängige Internet-Medien und gemeinnützige Recherchebüros werden nicht alle Probleme lösen können – aber sie können manche Lücken schließen, die durch die Einsparungen bei den Zeitungsverlagen gerissen wurden. Lokale Nachrichten-Seiten wie Nordstadtblogger.de (gegründet von ehemaligen WR-Redakteuren) oder Revierpassagen.de (das Kultur-Blog eines erfahrenen Autoren-Teams) gilt es daher zu stärken. Ein leichter Zugang zur Gemeinnützigkeit kann ihnen helfen, auf Dauer erfolgreich arbeiten zu können.

Vorschlag für eine Bundesratsinitiative

Die vorgeschlagene Bundesratsinitiative ist aus unserer Sicht der richtige Weg, das Thema voranzubringen. Zwar ließen sich auch heute schon hier und da Verbesserungen erreichen, wenn die Finanzbehörden der Bundesländer ihre Interpretationsspielräume besser nutzen würden. Aber gerade für Lokal- und Regionalangebote dürfte es bei gleichbleibender Rechtslage schwierig bis unmöglich sein, die Gemeinnützigkeit zu erlangen.

³ Gemäß Website der Initiative: URL: isjl.de/mitgliedschaft

Bei der juristischen Prüfung der im Antrag gewählten Formulierung „Förderung der Informationsbeschaffung im Rahmen von Hilfs- und Vorbereitungstätigkeiten zur anschließenden Herstellung eines Presseerzeugnisses i.S.d. Bundesverfassungsgerichts (Recherche)“ sollte bedacht werden, dass mit der Ergänzung der Abgabenordnung die Gemeinnützigkeit alle Präsentationsformen journalistischer Recherche (Print, Online, Hörfunk, Fernsehen etc.) ermöglicht werden soll. Der Bezug zur journalistischen Informationsbeschaffung ist aus unserer Sicht plausibel und sinnvoll.

Flankierende Maßnahmen

Um ihrem Anspruch gerecht zu werden, müssen gerade journalistische Nonprofit-Projekte transparent arbeiten. In Deutschland gibt es leider keine rechtliche Verpflichtung für gemeinnützige Organisationen, ihre Finanzen gegenüber der Öffentlichkeit offenzulegen. Wir haben dies aber im Aufruf der von uns gegründeten Initiative Nonprofit-Journalismus Deutschland festgehalten – zusammen mit anderen Erwartungen hinsichtlich Unabhängigkeit und Sorgfalt (siehe Anlage).

Initiative Nonprofit-Journalismus Deutschland

So wichtig Journalismus doch ist – er erfährt wenig Wertschätzung in diesen Zeiten. Viele Verlage sparen hart, drücken auf die Kosten, zuweilen stirbt sogar eine Zeitung, ganze Redaktionen werden aufgelöst.

Dabei sind freie und unabhängige Medien ein Stabilisator jeder demokratischen Gesellschaft. Journalisten haben eine Kontrollfunktion, sie informieren die Öffentlichkeit, klären auf und tragen so zur Meinungsbildung bei. Damit dienen sie dem Gemeinwohl.

Viele Journalisten stellen sich den neuen Herausforderungen und entwickeln innovative Alternativmedien, die vermutlich ohne die Krise nie entstanden wären: Lokale Online-Zeitungen und Stadtteilblogs, Independent-Magazine, Crowdfunding-Projekte, investigativ arbeitende Recherchebüros und manches mehr.

Dieser Journalismus ist gemeinwohlorientiert, hat es aber schwer, als solcher anerkannt zu werden – zumindest von den Finanzbehörden. Die Initiative Nonprofit-Journalismus will das ändern. Die Unterzeichner erklären hierzu:

Nonprofit-Status

In seinem Urteil vom 25. April 1972 bezeichnet das Bundesverfassungsgericht die freie geistige Auseinandersetzung als Lebenselement der freiheitlichen demokratischen Ordnung. Sie beruhe entscheidend auf der Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit. Diese herausragende Bedeutung journalistischer Tätigkeit sollte auch im Steuerrecht anerkannt werden.

Die steuerliche Anerkennung als gemeinnützige Organisationen spielt für journalistische Nonprofit-Einrichtungen eine herausragende Rolle. Wird eine Organisation von den Finanzbehörden als gemeinnützig anerkannt, signalisiert dies potentiellen Spendern und Förderern, dass sich die Organisation an einem höheren Ziel orientiert und sich niemand an ihrem Wirken bereichert. Spender können ihre Zuwendungen steuerlich geltend machen und werden dadurch zusätzlich motiviert, die Organisation zu unterstützen.

Gesetzgeber und Finanzbehörden sollten dies würdigen und die Gemeinnützigkeit auch für journalistische Projekte ermöglichen.

An die Gemeinnützigkeit sind aber auch Erwartungen hinsichtlich Transparenz, Unabhängigkeit und Sorgfalt geknüpft:

Transparenz

Es müssten einheitliche Veröffentlichungspflichten für gemeinnützige Organisationen in Deutschland geschaffen werden. Wir sind der Auffassung, dass Organisationen, die durch die anerkannte Gemeinnützigkeit Steuervorteile genießen, der Gesellschaft gegenüber zur Rechenschaft verpflichtet sind. Sie sollten veröffentlichen, woher ihre Mittel stammen, wie sie verwendet werden und wer die Entscheidungsträger sind. Dies gilt in besonderer Weise für journalistische Nonprofit-Einrichtungen, die sich der Aufklärung verschrieben haben. Solche Organisationen müssen daher

- die Anforderungen der Initiative Transparente Zivilgesellschaft erfüllen,
- die Namen aller Spender, die jährlich 1.000 Euro oder mehr beigetragen haben, veröffentlichen. Ausnahmen können in Einzelfällen erwogen werden, wenn die Organisation gegenüber der Initiative die Notwendigkeit der Nicht-Nennung nachvollziehbar erklären und zugleich darlegen kann, wie die Organisation verhindert, dass die jeweiligen Spender Einfluss auf die Berichterstattung erlangen.

Unabhängigkeit

Gemeinnützige Recherchebüros arbeiten unabhängig und überparteilich. Ihre Berichterstattung dient dem Gemeinwohl und verfolgt keine Einzelinteressen. Zu den Zielen der Arbeit zählen insbesondere Informationsfreiheit und Pressefreiheit.

Sorgfalt

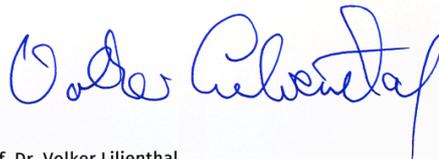
Journalistische Nonprofit-Einrichtungen sind verpflichtet, hohe journalistische Standards hinsichtlich Sorgfalt und Fairness und der Verhinderung von Interessenkonflikten zu erfüllen. Sie fühlen sich entsprechenden Kodizes wie dem Pressekodex des Deutschen Presserats und dem Medienkodex von Netzwerk Recherche verpflichtet.

Alle Unterzeichner der Initiative sind ebenso wie die interessierte Öffentlichkeit aufgerufen, die Einhaltung der Regeln zu kontrollieren. Eine Nichteinhaltung der Regeln kann zum Ausschluss aus der Liste der Unterzeichner führen.

Berlin, 6. November 2014



Oliver Schröm,
netzwerk recherche e.V.



Prof. Dr. Volker Lilienthal,
Herausgeber Message /
Rudolf-Augstein-Stiftungsprofessur für Praxis des Qualitätsjournalismus



David Schraven,
Correctiv / Puls – Recherchen für die Gesellschaft



Hanno Gundert,
n-ost – Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung